



Gemeinsame Erklärung

der Partner des Ausbildungspaktes und der Bundesagentur für Arbeit

Der Lenkungsausschuss zum Ausbildungspakt hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den Ausbildungspakt bis 2014 mit neuen Schwerpunkten fortzusetzen und neue Partner aufzunehmen. Als neue Partner mit eigenen Beiträgen wirken künftig beim Pakt mit: die Kultusministerkonferenz (KMK) und die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. Mit ihrem Beitritt gewinnt der Pakt wertvolle Unterstützung für die Umsetzung der Paktziele und der neuen Schwerpunkte.

Zudem wurde von den bisherigen Paktpartnern eine positive Zwischenbilanz auf dem Ausbildungsmarkt gezogen.

Ausbildungspakt mit neuer Schwerpunktsetzung verlängert

Die Rahmenbedingungen auf dem Ausbildungsmarkt haben sich verändert: Seit 2007 ist die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerber um gut ein Viertel zurückgegangen, in den neuen Bundesländern hat sie sich halbiert. Mehr Jugendliche als bisher streben ein Studium an. In verschiedenen Branchen und Regionen besteht daher bereits ein erheblicher Bewerbermangel. Gleichzeitig haben aber zahlreiche Jugendliche Probleme, den Einstieg in Ausbildung zu finden. Zum Teil gibt es ein Ungleichgewicht zwischen den Anforderungen der Unternehmen und den Qualifikationen der Bewerber.

Die Paktpartner und die Bundesagentur für Arbeit wollen daher ihre Anstrengungen künftig stärker darauf ausrichten, die Potenziale auf dem Ausbildungsmarkt besser zu erschließen – sowohl bei leistungsschwächeren wie auch leistungsstärkeren Jugendlichen. Sie bekräftigen das Ziel, allen ausbildungsreifen und -willigen Jugendlichen ein Angebot auf Ausbildung zu machen, das zu einem anerkannten Abschluss hinführt. Hierzu gehören auch die Einstiegsqualifizierungen. Dabei hat die Vermittlung in betriebliche Ausbildung Priorität.

Zudem sollen verstärkt solche Jugendliche in den Blick genommen werden, die bisher Schwierigkeiten beim Übergang in Ausbildung hatten (v. a. Altbewerber, Migranten, sozial benachteiligte und lernbeeinträchtigte sowie behinderte Jugendliche). Das heißt vor allem: die Ausbildungsreife und Berufsorientierung zu verbessern, schwächere Jugendliche intensiver zu fördern und speziell für förderungsbedürftige Jugendliche Einstiegsqualifizierungen bereitzustellen und mit gezielten Unterstützungsmaßnahmen (EQ Plus), wie z. B. ausbildungsbegleitenden Hilfen, zu kombinieren. Außerdem sollen auch mehr leistungsstarke Jugendliche für eine betriebliche Berufsausbildung gewonnen werden.

Die Paktpartner und die Bundesagentur für Arbeit haben zu den folgenden Handlungsfeldern Ziele und eigene Beiträge vereinbart: Ausbildungsreife sicherstellen, Berufsorientierung ausbauen und weiterentwickeln, Jugendliche und Betriebe besser zusammenbringen, alle Potenziale erschließen, neue Ausbildungsplätze und neue Ausbildungsbetriebe gewinnen, Übergangssystem neu strukturieren und effizienter gestalten, Datenlage verbessern.

Um die Ausbildungssituation differenzierter zu beleuchten, sollen künftig auch die Jugendlichen verstärkt in den Blick genommen werden, die sich in einer Alternative, wie z.B. in berufsvorbereitenden Maßnahmen, befinden, aber weiterhin einen Ausbildungsplatz suchen.

Zu den zentralen Vereinbarungen des neuen Ausbildungspaktes zählen:

Die **Bundesregierung** wird durch die neue Initiative „Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ - ergänzend zur bestehenden Berufseinstiegsbegleitung - eine ganzheitliche Betreuung für bundesweit rund 30.000 förderungsbedürftige Schülerinnen und

Schüler ab der 7. Klasse mit 1000 Berufseinstiegsbegleitern bis hinein in die berufliche Ausbildung sicherstellen. Die Bundesregierung baut dabei auch ihre Angebote zur Berufsorientierung deutlich aus. Sie wird in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft vor allem KMU bei der Suche nach geeigneten Auszubildenden organisatorisch unterstützen. Sie setzt sich in ihrem Zuständigkeitsbereich das verbindliche Ziel, den Anteil der Ausbildungsplätze auf 7 % der Beschäftigten festzuschreiben und engagiert sich für eine weitere Erhöhung der Zahl der Auszubildenden mit Migrationshintergrund.“

Die **Wirtschaft** strebt an, im Durchschnitt pro Jahr 60.000 neue Ausbildungsplätze, 30.000 neue Ausbildungsbetriebe sowie 30.000 betrieblich durchgeführte Einstiegsqualifizierungen einzuwerben. Zur Förderung benachteiligter Jugendlicher strebt die Wirtschaft an, zusätzlich 10.000 Einstiegsqualifizierungen mit gezielten Unterstützungsangeboten (EQ Plus) bereit zu stellen. Die Erfüllbarkeit dieser Ziele kann durch die demografische Entwicklung erschwert werden. Auch setzt die Erfüllbarkeit Verbesserungen bei der Ausbildungsreife voraus, damit sich ausreichend ausbildungsreife Jugendliche um Ausbildungsplätze bewerben. Zudem wird die Wirtschaft bestehende Partnerschaften mit Schulen intensivieren und neue aufbauen.

Die **Länder** werden systematische Potenzialanalysen im Rahmen der Initiative „Bildungsketten“ aktiv unterstützen, um den Übergang von der Schule in Ausbildung zu erleichtern und Ausbildungsabbrüche zu reduzieren. Sie werden Maßnahmen vertiefen, die den Leistungsstand von Jugendlichen mit Migrationshintergrund anheben. Um die Berufsorientierung auszubauen und weiter zu entwickeln, werden die Länder an den Schulen aktiv für lokale Partnerschaftsnetzwerke werben und sich dafür einsetzen, dass in jeder weiterführenden Schule ein entsprechender Ansprechpartner zur Verfügung steht. Sie setzen den Beschluss „Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung“ bis zum Ende der Paktlaufzeit um.

Die **Bundesagentur für Arbeit (BA)** wird ihr Beratungs- und Vermittlungsangebot weiter gezielt verbessern, um Jugendliche und Betriebe durch den Arbeitgeber-Service, die Berufsberatung und die JOBBÖRSE noch passgenauer zusammen zu bringen. Neben ihrer regulären Berufsorientierung in den Schulen wird sie gemeinsam mit den Ländern die Maßnahmen der erweiterten Berufsorientierung fortführen und bietet an, die regionalen Akteure in der Berufsorientierung stärker zu koordinieren. Die Vermittlung in Ausbildung wird durch ausbildungsbegleitende Hilfen unterstützt. Maßnahmen der Ausbil-

dungsförderung werden möglichst betriebsnah gestaltet, um den Übergang benachteiligter Jugendlicher in Ausbildung zu verbessern.

Positive Zwischenbilanz auf dem Ausbildungsmarkt gezogen

Ende September gab es erneut mehr unbesetzte Berufsausbildungsstellen als unversorgte Bewerber. Das starke Engagement der bisherigen Paktpartner und der Bundesagentur für Arbeit zahlt sich auch in diesem Jahr aus.

Im Berufsberatungsjahr 2009/2010 wurden insgesamt 483.500 Ausbildungsplätze gemeldet, das waren 1,7 % mehr als im Vorjahr. Bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen betrug der Zuwachs 4,2 %. Die Zahl der gemeldeten Bewerber hat sich mit 552.200 gegenüber dem Vorjahr kaum verändert (-0,6 %).

Im Ergebnis gab es Ende September noch 19.600 unbesetzte Berufsausbildungsstellen, 2.400 (+13,6 %) mehr als vor einem Jahr. Ihnen standen noch 12.300 unversorgte Bewerber gegenüber. Das sind 3.400 (-21,8 %) weniger als im Vorjahr. Das Angebot übersteigt damit die Nachfrage um rund 7.300.

Die Perspektive für die Nachvermittlung ist daher sehr gut, denn außer den noch unbesetzt gemeldeten Ausbildungsplätzen steht noch ein Großteil der zugesagten 40.000 Plätze für Einstiegsqualifizierungen zur Verfügung.

Das Zwischenergebnis bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen weist in die gleiche Richtung: In Industrie und Handel wurden 313.856 Ausbildungsverträge abgeschlossen, das sind 2.031 (0,7 %) mehr als im Vorjahr. Im Handwerk wurden 141.551 Ausbildungsverträge abgeschlossen, das sind 101 (0,1 %) mehr als im Vorjahr. Bei den Freien Berufen wurden 42.589 Verträge abgeschlossen, ein Plus von 88 (0,2 %).

Die Paktverpflichtung zur Einwerbung neuer Plätze wurde mit 58.400 neuen Ausbildungsplätzen schon fast erreicht. Mit 36.200 neuen Ausbildungsbetrieben wurde diese Paktverpflichtung bereits übererfüllt. 21.000 Stellen für Einstiegsqualifizierungen sind bereits eingeworben. Das Engagement wird fortgesetzt.